

Strompreise steigen: Niedersachsens Umweltminister warnt vor Wahlbruch!

Bundesregierung plant keine Senkung der Stromsteuer für Verbraucher; Kritik von Umweltschützern und Handelsverbänden wächst.



Niedersachsen, Deutschland - Ein heißes Eisen wird derzeit in der Politik diskutiert: Die Stromsteuer. Während Verbraucher und kleine Betriebe auf Entlastungen hoffen, hat die Bundesregierung ihre Pläne zur Senkung der Stromsteuer vorerst auf Eis gelegt. So sieht es zumindest die Kritik des Umweltministers aus Niedersachsen, Christian Meyer von den Grünen, der in einer Stellungnahme den Bruch von Wahlversprechen anprangerte. Er erklärte, dass die vorgesehene Senkung der Stromsteuer von rund 2 Cent pro Kilowattstunde nur für die Industrie sowie die Land- und Forstwirtschaft gelten soll und nicht für den Endverbraucher. Diese Entscheidung kommt für viele überraschend, denn eine Entlastung für Privathaushalte und kleine Handwerksbetriebe

wäre laut Meyer „einfach und unbürokratisch“ zu realisieren gewesen.

Die ursprünglich geplante Senkung hätte es einem durchschnittlichen Haushalt ermöglicht, knapp 100 Euro pro Jahr zu sparen. Dies hätte besonders die belasteten Verbraucher in Niedersachsen zur Freude bringen können. Der Handelsverband Niedersachsen-Bremen äußerte ebenfalls Unmut über den Verzicht auf diese Entlastung. Meyer sieht die Besteuerung von erneuerbaren Energien als hinderlich für den Fortschritt bei Elektroautos und Wärmepumpen, was die Frage aufwirft, ob Deutschland wirklich auf dem richtigen Weg ist, wenn es um den Ausbau der sauberen Energien geht.

Aktuelle Entwicklungen und alternative Maßnahmen

Während in Niedersachsen die Kritik laut wird, plant die künftige Regierungskoalition aus Union und SPD Maßnahmen zur Senkung der Strompreise. Geplant ist eine Herabsetzung der Stromsteuer auf den EU-Mindeststeuersatz von 0,1 Cent pro Kilowattstunde. Damit könnten Privathaushalte möglicherweise eine Ersparnis von rund fünf Cent pro Kilowattstunde erwarten, was für einen Musterhaushalt mit einem Verbrauch von 3.500 kWh jährliche Einsparungen von etwa 175 Euro bedeuten würde. Bei dieser Aussicht stellt sich die Frage, ob die Bürger beim nächsten Jahreswechsel tatsächlich mit einer spürbaren Entlastung rechnen können, wenn die neuen Netzkosten für 2026 festgelegt werden sollten.

Zusätzlich hebt die Diskussion auf EU-Ebene hervor, wie stark die Strompreise in Deutschland im europäischen Vergleich variieren. Die Verbraucherzentrale Bundesverband hat wiederholt auf die hohen Preise hingewiesen, die ein klarer Nachteil für die deutschen Bürger sind. Diese Situation wurde durch den Ausfall der Senkung der Stromsteuer nicht gerade verbessert. Der Handelsverband Deutschland sieht den Verzicht auf eine allgemeine Senkung als klare Zäsur und fordert eine

generelle Entlastung für alle.

Forderungen und Ausblick

Die Debatte spiegelt die Unzufriedenheit vieler Betriebe wider. Der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer berichtete von einer Vielzahl empörter Anrufe von Unternehmern, die auf eine Entlastung dringen. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks macht sich stark für energieintensive Handwerksbetriebe. Um dieser Ungerechtigkeit entgegenzuwirken, forderte der CDU-Generalsekretär Linnemann eine Absenkung der Stromsteuer für alle Bürger.

Während die Bundesregierung versprochen hat, Bürger und Wirtschaft von hohen Strompreisen zu entlasten, bleibt die Öffentlichkeit skeptisch. Kritiker in der Politik, darunter auch die Grünen, bezeichnen die Entscheidung als Wortbruch und fordern Nachbesserungen im Bundestag. **NDR** berichtet, dass Meyer weiterhin auf eine Korrektur der Situation hofft, in Anbetracht der finanziellen Möglichkeiten, die die Regierung gehabt hätte. Die Debatte wird also auch in naher Zukunft weitergeführt werden.

Details	
Ort	Niedersachsen, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ndr.de• www.stromauskunft.de• www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: mein-bremen.net